

FRITZ CSOKLICH

Kirchliches Zeitgeschehen

Ein geradezu revolutionäres Angebot

Bei der Vorstellung der neuen Ökumene-Enzyklika von Papst Johannes Paul II. erklärte der Vorsitzende des Päpstlichen Einheitsrates, der australische Kardinal Edward Idris Cassidy, bis zur vollen Einheit der christlichen Konfessionen sei es noch ein langer und beschwerlicher Weg. Bezüglich der Frage der Vorrangstellung des Papstes sagte der australische Kardinal, diese gehöre zum Glaubensgut der katholischen Kirche. Vorstellbar seien jedoch neue Formen des Primats im Geist eines „Dienstes in Liebe“ ohne Betonung des Machtanspruches. Einvernehmliche Lösungen in der Frage der Vorrangstellung des Bischofs von Rom seien jedoch noch in weiter Ferne. Zunächst müßten im theologischen Dialog mit den anderen christlichen Kirchen noch Fragen wie das Kirchenbild, das Weihesakrament und das Amtsverständnis geklärt werden. Beim schwierigen Dialog mit den reformierten Kirchen seien jedoch positive Ergebnisse zu verzeichnen.

Die Ökumene-Enzyklika, die als erstes derartiges Dokument auch ins Russische, Georgische und Griechische übersetzt worden ist, löste insgesamt gemischte Reaktionen aus. Der Tübinger Theologe Hans Küng meinte, der Papst habe mit diesem Lehrschreiben die Chance verpaßt, etwa die Exkommunikation von Martin Luther zurückzunehmen. Die Vereinigung der evangelischen Kirchen in Italien würdigte hingegen die „Bemühung um größere Klarheit“ in dieser Enzyklika, vermißte aber die Bereitschaft zur Veränderung.

Der anglikanische Bischof Mark Santer von Birmingham bezeichnete die Enzyklika als ein „historisches und fundamentales Ereignis“.

In dem 120 Seiten starken Dokument bekräftigt Johannes Paul II. das Ziel der Einheit aller Christen. Gleichzeitig ruft der Papst zur Fortsetzung eines intensiven Dialoges zwischen den christlichen Kirchen und zum gemeinsamen Engagement für Frieden und Menschenrechte auf. Dies sei die „beste Schule der Ökumene“, heißt es wörtlich in dem Dokument.

Die der Schweizer „Freisinnigen Partei“ nahestehende „Neue Zürcher Zeitung“ sieht in dem Ökumene-Lehrschreiben noch nie Dagewesenes. Denn zum ersten Mal werde „hier nicht lediglich bedauert, daß man außerhalb der römisch-katholischen Kirche den päpstlichen Primat in seiner bisherigen Lesart für ein ökumenisches Hindernis halte“. Vielmehr stelle der Papst in dem Dokument ein legitimes Bedürfnis nach einem Paradigmenwechsel fest: „Um auf die Einheit hin weitere Schritte zu tun, muß man auf institutionelle Voraussetzungen zurückkommen – und zwar gemeinsam. Daß ein Papst mit Vertretern anderer Kirchen das Gespräch über sein Dienstamt aufnehmen will, das ist wirklich noch nie vorgekommen“, stellt die „Neue Zürcher Zeitung“ fest. Der Heidelberger evangelische Theologe Klaus Berger sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem „geradezu revolutionären Angebot“ des Papstes, der bereit sei, sein Amt neu zu diskutieren.

Die Veröffentlichung der neuen Enzyklika verknüpfte der Papst mit der Ankündigung, daß im Vorfeld der Jahrtausendwende noch eine Reihe von Bischofssynoden vorgesehen sei: Ein panamerikanisches Bischofstreffen, die Libanon-Synode, sowie eigene Treffen für Asien und Australien einschließlich Ozeanien. Gleichzeitig forderte der Papst die Kardinäle auf, die Erfahrungen und Wünsche ihrer Länder für die Gestaltung des Heiligen Jahres 2000 einzubringen.

*

Die katholischen Bischofskonferenzen Kroatiens und Bosniens appellierten eindringlich an zahlreiche Botschafter und an die Vatikanvertretungen in ihren Ländern, und ersuchten, die Katholiken in der bosnischen Region um Banja Luka zu schützen. „Es gibt einen Plan, die gesamte katholische Bevölkerung, die seit Jahrhunderten dort lebt, aus der Gegend vollständig zu vertreiben“, so schreiben die Bischöfe in ihrem Appell. Der Genozid an der kroatisch-katholischen Bevölkerung in der Diözese Banja Luka halte seit drei Jahren an. Die Tragödie sei umso größer, als die Katholiken in diesem Gebiet nie bewaffneten Widerstand geleistet hätten. Von ehemals 80000 Katholiken in dieser Region leben nur noch 20000 in ihrer Heimat, und auch diese stehen jetzt vor der Auslöschung.

*

Der Basler Weihbischof Josef Candolfi wurde vom Papst zum Apostolischen Administrator der Diözese Basel ernannt, nachdem sein Vorgänger, der 44jährige Bischof Hansjörg Vogel, wegen seiner Vaterschaft freiwillig vom

Bischofsamt zurückgetreten war. Das Domkapitel von Basel ist umgehend zusammengetreten, um das Wahlverfahren für einen neuen Bischof einzuleiten.

Die Schweizer Bischöfe wurden von ihrem Mitbruder bei ihrer Vollversammlung in Einsiedeln von dessen Rücktrittsentschluß informiert. Wie es in einer offiziellen Veröffentlichung hieß, hätten die Schweizer Oberhirten Vogels Bekenntnis „in ihr Schweigen und in ihr Gebet genommen“, aber auch seine Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit respektiert. Der Sekretär der Bischofskonferenz bedauerte, daß durch die Indiskretion einer Tageszeitung der Rücktritt des Bischofs vorzeitig bekannt wurde. Man wollte ursprünglich den Rücktritt des Bischofs nicht sofort mitteilen, um den Brief des Bischofs an die Seelsorger und Gläubigen seines Bistums, in dem er eindringlich seine Gründe darlegt, nicht abzuwerten.

Die Verbandsleitung des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes stellte fest, die Kirche verlange von Amtsträgern eine Lebensweise, die für viele unmenschlich sei. Es sei zu hoffen, daß der Rücktritt Vogels ein Grund ist, die Abschaffung des Pflichtzölibates in der Katholischen Kirche endlich verstärkt zu thematisieren.

*

Einen eher kühlen Empfang bereitete die tschechische Bevölkerung Papst Johannes Paul II., als dieser Ende Mai zur Heiligsprechung des Priesters Jan Sarkander nach Mähren kam. Der Papst knüpfte in seinen Ansprachen in Prag und in Olmütz immer wieder an die Vision von Kardinal Tomasek über ein „Dezennium zur geistlichen Erneuerung“ an und hob den genuin

katholischen Beitrag zur tschechischen Nationswerdung hervor. Die Heiligsprechung von Jan Sarkander stieß allerdings bei der Evangelischen Kirche der böhmischen Brüder auf Unverständnis und Widerspruch. Für diese Gemeinschaft war Sarkander ein blutiger Verfolger von Nicht-Katholiken und Prototyp einer Zwangs-Rekatholisierung der evangelischen Gläubigen in den böhmischen Ländern.

Unter dem Eindruck dieser Proteste schrieb der Papst einen entschuldigenden Brief an die „Böhmischen Brüder“ und versuchte auf diese Weise, die Meinungsverschiedenheiten zu beheben. Dies gelang aber während des Aufenthaltes von Johannes Paul II. in Tschechien nicht, und daher wurde das ökumenische Treffen mit dem Papst in Prag von der Evangelischen Kirche der böhmischen Brüder boykottiert. Staatspräsident Vaclav Havel wies bei der Begrüßung des Papstes darauf hin, daß das soziale Klima in Tschechien heute anders, nüchterner sei. Und der Prager Kardinal Miroslav Vlk stellte im riesigen Strahov-Stadion fest, der post-revolutionäre Überschwang sei vorüber und die Kirche stehe in Tschechien großen Schwierigkeiten gegenüber. Tatsächlich sieht sich die katholische Kirche in Tschechien zur Zeit in eine Art „Kulturkampf“ verwickelt; symbolhaft dafür ist der anhaltende Streit um die Rückgabe des St. Veits-Doms in Prag.

*

Bei einer Umfrage des Linzer „markt“-Instituts bei 983 repräsentativ ausgewählten Frauen und Männern ab 15 Jahren ergab sich, daß die Einstellung der Kirche zur Empfängnisverhütung am stärksten abgelehnt

wird (49 Prozent). Häufig abgelehnt werden die „zu hohen“ Kirchenbeiträge (45 Prozent) und der Pflichtzölibat der Priester (43 Prozent). Das Verbot der Frauenordination und die „zu intolerante“ Haltung gegenüber Geschiedenen stören fast jeden vierten Österreicher. Ein Drittel der Bevölkerung nimmt Anstoß daran, daß die Kirche „nicht nach dem lebt, was sie predigt“.

Insgesamt zeigte sich bei dieser Umfrage: Je jünger und gebildeter die Befragten sind, desto kritischer sind sie gegenüber der Kirche.

An der katholischen Kirche gefällt hingegen, daß durch die Kirche Kulturdenkmäler erhalten bleiben (45 Prozent) und daß sie Tradition und kulturelle Werte pflegt (41 Prozent). Sympathie bei mehr als einem Drittel (37 Prozent) löst auch die Tatsache aus, daß die Kirche „durch ihre Feste und Feiertage Höhepunkte im Alltag schafft“.

*

Aus der schier unüberschaubaren Flut von Kommentaren und Meinungsäußerungen aller Art zu dem seit Pfingsten eingeleiteten Kirchenvolksbegehren ragt eine Stellungnahme des Politologen Prof. Norbert Leser hervor, der den Initiatoren des Kirchenvolksbegehrens in mehreren Punkten recht gibt und sich offen als Sympathisant bekennt. Vorbehalte äußert Leser jedoch hinsichtlich der formalen Art des Vorgehens, die sich „vom Inhalt des Begehrens nicht ganz trennen läßt“. So sehr es auf der einen Seite zu begrüßen sei, wenn sich mündige Christen ihrer Verantwortung bewußt zeigen und Farbe bekennen, so sehr sei auf der anderen Seite zu bedenken, daß ein innerkirchliches Volksbegehren der Natur der Kirche als hierarchischer

Stiftung und Ordnung nicht gerecht wird und falsche Hoffnungen erweckt, die nur zu Enttäuschungen führen können.

Inhaltlich könne man sich mit einigen Punkten des Begehrens durchaus anfreunden, meint Leser. So erscheine die Forderung nach Aufbau einer geschwisterlichen Kirche „durchaus sinnvoll und zeitgemäß“. Auch dem Verlangen nach Mitentscheidung der Ortskirchen bei Bischofsernennungen werde man „gerade nach den Erfahrungen, die wir in Österreich mit einsamen Entscheidungen von oben gemacht haben“, nicht die Berechtigung absprechen können. Durchaus zu erwägen sei es auch, angesichts des herrschenden Priestermangels viri probati und verheiratete Diakone zum Priesteramt zuzulassen und den Zölibat solcherart zwar nicht aufzuheben, aber partiell zu durchbrechen. Übers Ziel schieße hingegen die Forderung nach Zugang der Frauen zum Priesteramt. Dies stelle einen zu radikalen Bruch mit der Tradition dar und werde im übrigen weder von der Mehrheit der Männer noch der Frauen des Kirchenvolks gewünscht. Eine solche Maßnahme würde die mühsam in Gang gekommene Verständigung mit der Orthodoxie erschweren, ja unmöglich machen.

In seiner Stellungnahme bemerkt Leser schließlich, das gegenwärtige Pontifikat, das sich „physisch und wohl auch geistig-innerlich dem Ende zuneigt“,

sei von einem tiefen Widerspruch erfüllt. Dieser sei wohl selbst dem Heiligen Vater nicht ausreichend zu Bewußtsein gekommen. Der Beistand des Heiligen Geistes sei zwar der Gesamtkirche und ihrer Gesamtentwicklung verheißen, „nicht aber jeder historisch bedingten Perspektive eines Inhabers des Stuhles Petri“.

Der Papst suche wohl Kontakt mit den Menschen, er gehe in alle Welt, um das Evangelium zu verkünden und mit Hilfe der modernen Medien den Massen nahezubringen. Auf der anderen Seite habe er die Kirche „durch das Beharren und Verbindlichmachen von theologisch umstrittenen Positionen die Moral verengt und personalpolitisch versucht, diesen Kurs durch Ernennung konservativer Theologen und Kirchenmänner durchzusetzen“. Was dabei herausgekommen ist, so Leser, kann man, wenn schon nicht als Blamage, so doch „als Oktroy bezeichnen, das den Widerstand des Kirchenvolkes, aber auch von großen Teilen des Klerus herausgefordert hat.“ Man könne nicht, wie es das Zweite Vatikanische Konzil getan hat, vom mündigen Christen und vom Laienapostolat sprechen und die Laien „de facto zu bloßen Statisten und passiven Zuschauern des kirchlichen Lebens machen, die aber dann als von Fehlentscheidungen Betroffene die Rechnung, die der Kirche allenthalben präsentiert wird, zu begleichen haben“.